



Michael Kopatz

Ökoroutine

Damit wir tun, was wir für richtig halten

ISBN 978-3-96238-084-7

416 Seiten, 13,0 x 20,5 cm, 20,- Euro

oekom verlag, München 2018

©oekom verlag 2018

www.oekom.de

Alles bereits gesagt

In der Nachhaltigkeitsbewegung suchen viele Menschen nach Antworten. Wo sie auch hinschauen, sehen sie ökologische Katastrophen: globale Erwärmung, Anstieg der Meeresspiegel, Überfischung, Plastikmüll in den Weltmeeren, Artensterben, Abholzung der Tropenwälder, Überdüngung, Massentierhaltung. All das ist seit Langem Realität. Die heutigen Problemanalysen ähneln indes verblüffend denen der 1970er-Jahre. Der Klimawandel war zwar seinerzeit noch nicht als Problem erkannt, die damaligen Beobachtungen lassen sich gleichwohl ohne Weiteres auf unsere Zeit übertragen. Dasselbe gilt für den Suffizienzdiskurs, der mittlerweile eine Renaissance erlebt. Manchmal wird dabei der Eindruck erweckt, man habe eine neue Entdeckung gemacht. Wer aber einen Blick in Ivan Illichs Standardwerk »Selbstbegrenzung« von 1980 wirft oder die dreiseitige Abhandlung »Die Vier E's« von Wolfgang Sachs aus dem Jahr 1993 liest, wird feststellen: Weder die Diagnose noch die Therapievor schläge haben sich nennenswert geändert.

Von neuen Büchern erhoffen sich viele Leser neue Lösungen. Leider zählt es zu den unangenehmen Wahrheiten, dass es kaum noch neue Lösungskonzepte gibt. Doch bei der nachhaltigen Entwicklung geht es genau genommen auch nicht um die Entdeckung einer bahnbrechenden Patentlösung, denn eigentlich wurde schon alles gesagt – aber sehr vieles noch nicht getan.

Das festzustellen ist jedoch kein Anlass, nun für immer zu schweigen. Tatsache ist nämlich auch: Veränderungen finden statt, sie fallen aber nicht vom Himmel. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau kam nicht von heute auf morgen in die Welt, weil die Männer plötzlich vernünftig wurden. Es lag auch nicht daran, dass jemand eine neue Strategie vorgelegt hat. Frauen haben sich die Rechte, die heute selbst-

verständlich sind, erkämpft. Generationen haben an diesem Prozess der Veränderung mitgewirkt. Der Schlüssel ist Beharrlichkeit – und ein langer Atem.

Selbst kleine Veränderungen brauchen mitunter viel Zeit. Die Idee der ökologischen Steuerreform beispielsweise wurde jahrzehntelang diskutiert. Die Umsetzung war schließlich nur durch das anhaltende Engagement von Menschen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft möglich. Nicht anders ist es bei den erneuerbaren Energien: Ihr Boom begann erst vor wenigen Jahren, darauf hingewirkt haben Vordenker wie Hermann Scheer allerdings schon lange zuvor.

Dieses Buch gibt nicht vor, eine revolutionäre Entdeckung zu präsentieren. Eines ist aber doch neu: Ökoroutine drückt sich nicht vor unbequemen Botschaften. Der sofortige Stopp für den Neubau von Straßen, die Begrenzung der Fliegerei oder auch der Agrarwendefahrplan, die hier vorgeschlagen werden, gelten als radikal, ja sogar utopisch. Doch wenn wir darüber schweigen, machen wir uns etwas vor. Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit lassen sich nicht nebenbei mit einigen technischen Neuerungen erledigen. Vor uns steht ein tief greifender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Wandel. Ökoroutine macht klar: Wir können das schaffen, wenn wir uns Zeit geben und den Bezugsrahmen schrittweise verändern, wenn wir uns Gelegenheitsstrukturen schaffen. Im Mittelpunkt dieses Buches steht deshalb die Therapie, nicht die Diagnose. Ökoroutine nimmt den soziokulturellen Wandel in den Blick, nicht die Technik. Es geht um konkrete Maßnahmen, nicht um ferne Ziele. Ökoroutine gibt die Hoffnung nicht auf, dass geschehen kann, was geschehen muss. Damit wir tun, was wir für richtig halten.

Einstieg: Die Lasagnestory

Lebensmittelskandale gehören inzwischen zum Alltag. Der Wirbel um Pferdefleisch in der Lasagne war da schon fast verwunderlich. Der Betrug war Anfang 2013 durch Untersuchungen in Großbritannien und Irland aufgefliegen; wenig später hatte sich der Skandal um falsch deklarierte Fleischprodukte auf die ganze EU ausgeweitet. Die britische Lebensmittelbehörde stellte fest: In 11 von 18 getesteten Lasagnen der Firma Findus betrug der Pferdefleischanteil zwischen 60 und 100 Prozent.

Wie Recherchen ergaben, stammte das Fleisch aus rumänischen Schlachtbetrieben. Über Zwischenhändler gelangte es nach Zypern und in die Niederlande zu einem französischen Handelsbetrieb. Dieser verkaufte Hunderte Tonnen Pferd als Rind an einen französisch-luxemburgischen Lasagne-Hersteller, und von dort aus landeten Produkte mit illegal untergemischtem Pferdefleisch in mindestens 13 Ländern Europas.

Die Produkte waren in allen großen Supermärkten zu finden. Allein in Deutschland waren Rewe, Aldi-Nord, Aldi-Süd, Eismann, Edeka, Kaiser's, Lidl, Metro, Tengelmann und Konsum Leipzig betroffen. Und nicht nur in der Lasagne tauchte Pferdefleisch auf – auch in Gulasch, Ravioli und Tortellini konnte es nachgewiesen werden.¹ Die Bilanz: Mindestens 124 Betriebe in Deutschland sind mit Rindfleisch beliefert worden, das möglicherweise falsch deklariert war.

Wo liegt jetzt der Skandal? Zunächst einmal ist die Pferdefleisch-story ein Lehrstück für die mitunter blindwütige Empörungsbereitschaft der Medien. Bei nüchterner Betrachtung wird klar: Für die Gesundheit stellt Pferdefleisch keine Gefahr dar, es ist sogar ein guter Eisenlieferant und besonders mager. Verpönt ist es vor allem aus historisch-kulturellen Gründen – und diese haben offenbar ausgereicht, um sich täglich zu ereifern. Über den eigentlichen Skandal haben die erregten Gemüter

jedoch nicht diskutiert: dass selbst die Produktion einer einfachen Lasagne sich über zig Nationen erstreckt. Durch die Globalisierung sind die Produktionsmethoden gleichermaßen zentralisiert und diversifiziert worden. Verstrickte Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferketten haben ein System organisierter Verantwortungslosigkeit geschaffen. Schon der Weg des Fleischanteiles in der Lasagne von der Schlachtung bis zur Weiterverarbeitung erstreckt sich über halb Europa; dasselbe gilt für die Herstellung von Futtermitteln für die Tierhaltung sowie für Züchtung, Haltung und Transport.

Wenn man sich vor Augen führt, dass selbst Brezeln als Teiglinge in chinesischen Fabriken hergestellt werden, um sie dann in München aufzubacken, liegt die Vermutung nahe, dass sich die Fertigung von Nudeln, Tomatensauce, Gewürzen und anderen Produkten zumeist über mehrere Kontinente ausdehnt. Die extreme Diversifizierung der Produktion ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Wir wissen es spätestens, seit Stefanie Böge ihre Joghurt-Geschichte veröffentlichte. Anfang der 1990er-Jahre hatte die Wissenschaftlerin ausgerechnet, welche Strecke ein Becher Joghurt zurückgelegt hat, bevor er beim Verbraucher landet: Es waren mehr als 9000 Kilometer.²

Und so durchzieht eine schlichte Aussage die verschiedenen Kapitel der Ökoroutine: Wir wissen es längst. Schon seit zwei Jahrzehnten wissen wir, dass die Unternehmen immense Transportketten aufbauen, um sich gegenüber der Konkurrenz behaupten zu können oder die Rendite des Anlegers zu maximieren. Seither haben sich die Verhältnisse eher noch verschlimmert: Spezialisierung und umständliche Lieferketten haben zu- und nicht abgenommen, Transportketten sind länger und nicht kürzer geworden – zum Nachteil von Umwelt und Allgemeinwohl.

Können Politiker da nur tatenlos zusehen? Bleiben nur Appelle an die Vernunft des Einzelnen, doch bitte regional erzeugte Waren zu erwerben? Für sich genommen, ist es ganz einfach: Eine Lasagne lässt sich leicht in der eigenen Küche zubereiten. Bis auf bestimmte Gewürze kann man alle Zutaten aus der Region beziehen, und das auch aus ökologischer Landwirtschaft. Auch Unternehmen und Restaurants könnten das Schichtnudelgericht zu fast 100 Prozent regional und ökologisch zubereiten.



Abbildung 1 Der Pferdefleischbetrug offenbart ein System organisierter Verantwortungslosigkeit. Verstrickte Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferketten sind heute der Normalfall. Verantwortungsvolle Produktionsmethoden verlangen das Gegenteil: kurze Transportwege, regionale und nachhaltige Erzeugung, kurze Wertschöpfungsketten, faire Löhne.
Foto: exclusive-design, fotolia.com

Woran hakt es also? Warum scheint die Regiopasta eine ferne Utopie zu sein? Weil der Markt sich so entwickelt, wie es die Rahmenbedingungen vorgeben. Wir lassen es zu, dass Transporte über Tausende Kilometer extrem billig sind, weil wir die Maut nicht vorausschauend anheben oder Kerosin endlich besteuern. Wir bauen Straßen und Flughäfen aus, statt die Expansion zu begrenzen. Wir akzeptieren, dass Waren zu Dumpinglöhnen hergestellt werden. Wir nehmen hin, dass billig vor Qualität geht, dass Lebensmittel aus Biolandbau die Ausnahme sind und nicht die Regel. Wir akzeptieren, dass sich die Produktion unserer Nahrungsmittel in der Hand von Finanzjongleuren befindet, die keinen Gedanken an die Gesundheit der Kunden, die Klimawirkung ihrer Produktion und die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben verschwenden. Wenn sie es doch tun, dann nur, weil es zum Nachteil für ihre Rendite sein könnte.

Die »Europa-Lasagne« zeigt: Die systemischen Probleme unserer Wirtschaft und Gesellschaft manifestieren sich sogar in einem banalen Schichtnudelgericht aus der Truhe. Man muss nur den Schleier der Skandalrhetorik in den Medien lüften, schon werden rasch die prinzi-

piellen Zusammenhänge erkennbar. Die von politischer Seite verkündeten »Aktionspläne«, um etwa die Kontrollen zu verschärfen oder ein »Frühwarnsystem« zu etablieren, lenken allenfalls vom Grundproblem ab und sollen letztlich nur zeigen, dass man etwas getan hat. An den verheerenden Umständen der Lebensmittelglobalisierung ändert sich dadurch jedoch nichts.

Man könnte die Schultern zucken und darauf verweisen, dass die Konsumenten doch selbst schuld seien. Wer eine Tiefkühlhasagne für 1,49 Euro in den Backofen schiebt, kann über eine unappetitliche Herstellung nicht ernsthaft erstaunt sein. Sollte nicht jedem klar sein, dass es nicht mit rechten Dingen zugehen kann, wenn Lebensmittel immer billiger werden, während zugleich die Preise allgemein steigen? Während diese Zeilen geschrieben werden, senkt ein Discounter übrigens vermutlich noch mal den Preis für seine Tiefkühlhasagne auf 1,29 Euro.

Doch es wäre zu einfach, die Verantwortung allein beim mündigen Konsumenten zu verorten. Tatsächlich ist dieser Befund fatalistisch, irreführend und fahrlässig. Auch gut verdienende und gebildete Bürger greifen zum Billigprodukt. Sie verlassen sich, nicht zu Unrecht, auf den Staat, der mit seinen Lebensmittelkontrollen dafür sorgt, dass keine bedenklichen Waren verkauft werden. Zudem hat Stiftung Warentest den Kunden beigebracht, dass billige Produkte oftmals genauso gut oder besser sind als teure. Der Verbraucher weiß, dass viele Markenhersteller identische Waren gleichzeitig unter einem Billiglabel verkaufen. Andere verdrängen schlichtweg die Fakten, wissen vor lauter medial geäußerten Expertenmeinungen nicht mehr, was sie glauben sollen, oder denken: »Ist doch egal, auf mich kommt es nicht an.« Es gibt viele Gründe, warum wir nicht tun, was wir für richtig halten. Sie werden im ersten Kapitel beschrieben und machen anschaulich, dass die Zeit für das Konzept der Ökoroutine gekommen ist.

Preisdumping ist das Ergebnis eines radikalen Wettbewerbs, der zu niedrigen Standards führt. So niedrig, wie der Gesetzgeber es erlaubt. Der Konkurrenzdruck animiert zudem die Hersteller, selbst niedrigste Vorgaben zu unterwandern. Wenn schon Discounter sich gegenseitig aufrufen, mit dem Dumping Schluss zu machen, heißt das für uns ganz klar: Jetzt ist die Grenze des Erträglichen erreicht, wenn nicht längst

überschritten. Hinter vorgehaltener Hand plädieren etliche Unternehmer bereits heute für Vorgaben von oben: Nur so ließen sich Auswege aus der Abwärtsspirale finden (S. 38).

Und tatsächlich sind hohe Qualität, verantwortungsvolle Produktionsmethoden und faire Löhne möglich. Sie kommen nur nicht von allein in die Welt. Sie werden auch nicht von Konsumenten an der Ladentheke initiiert. Notwendig sind systemische Problemlösungen. Also Konzepte, die das Problem an der Wurzel packen. Sprich: Ökoutine als politisches Konzept (S. 346). Am Lasagne-Problem lässt sich das Grundverständnis der Ökoutine aufzeigen. Ein erster Ansatzpunkt liegt bei den Transportzeiten. Statt Straßen, Seehäfen und Startbahnen weiter auszubauen und damit zu längeren Produktionsketten einzuladen, sind die Ausgaben auf die reine Erhaltung und Sanierung von Straßen und Flughäfen zu beschränken. Wenn sich in der Folge die Verkehrsströme verlangsamen, ist das ein gewünschter Effekt (S. 212).

Ein weiterer Ansatzpunkt sind die Transportkosten. Dieselsteuer und Maut können erhöht werden, Kerosin besteuert (S. 367). Ein Straßenbaustopp verhindert die weitere Expansion des Lkw-Verkehrs. Das verlangsamt den Transport womöglich, erst recht in Verbindung mit einem Überholverbot für Lkws. Noch ein Hebel ergibt sich in Hinblick auf die Tiertransporte. Dafür gibt es bereits strenge Regeln, zum Beispiel müssen die Tiere nach spätestens 29 Stunden Fahrt abgeladen werden. Diese Qual ermöglicht Transporte bis in die Türkei. Eine Begrenzung auf zwölf Stunden wäre im Sinne des Tierschutzes angebracht und stärkt zugleich die regionale Wertschöpfung. Sodann gilt es, die Tierhaltung zu verändern: Anspruchsvolle Standards für artgerechte Haltung könnten schrittweise etabliert werden, bis nach 20 Jahren EU-weit der Biostandard erreicht ist. Genehmigungen von weiteren Großschlachthöfen und Megaställen sollten unterbleiben (S. 90).

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Gestaltungsmöglichkeiten, um die Regeln für Warenhandel und Finanzmärkte zu beeinflussen. Das ist zwar kein leichtes Unterfangen, doch bei den Verhandlungen über Freihandelsabkommen wie TTIP zwischen den USA und der EU hat Deutschland beträchtlichen Einfluss, der genutzt werden könnte, um für einen ökofairen Rahmen zu sorgen. Dringend notwendig ist

zudem die Regulierung der Kapitalmärkte. Hier soll keine Revolution vorgeschlagen werden, sondern die Rückkehr zum Ordnungsrahmen der 1970er-Jahre, welcher die Auswüchse der Spekulanten zuungunsten sicherer Kapitalmärkte verhindert hat. Dabei ließe sich endlich die seit Langem geplante Robin-Hood-Steuer für den Aktienhandel einführen. Finanztransaktionen würden dann mit durchschnittlich 0,05 Prozent besteuert werden, die Mittel würden der Armutsbekämpfung und dem Klimaschutz zugutekommen (S. 361). All diese Maßnahmen schaffen Anreize für kurze Transportwege, regionale und nachhaltige Erzeugung, kurze Wertschöpfungsketten und faire Löhne. Das ist die Logik der Ökoroutine.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist nach wie vor geprägt vom Glauben an die Macht des Konsumenten. In der Umweltbewegung wird über das »richtige« Verhalten so viel geredet wie über das Wetter. Produzenten nehmen dieses Argument dankbar auf, verlagert es doch alle Verantwortung zum Konsumenten. Auch die Politik wiederholt permanent das Mantra vom umweltbewussten Verhalten und kann sich so vor unbequemen Entscheidungen drücken. Ökoroutine setzt hier einen Kontrapunkt. Im letzten Kapitel findet sich zum politischen Konzept der Ökoroutine eine ausführliche Erläuterung (siehe Kap. 11, »Ökoroutine als politisches Konzept«, S. 346). Es löst sich von umweltmoralischen Appellen und sorgt mithilfe von Standards und Limits dafür, dass sich der Wandel zur Nachhaltigkeit in weiten Teilen verselbstständigt. Unsere Technologien und Herstellungsverfahren werden so schrittweise naturverträglicher und effizienter und unsere Verhaltensweisen genügsamer. Ökoroutine basiert auf einer Koevolution von Technik und Kultur. Beispielsweise sorgen Standards dafür, dass Autos immer klimafreundlicher werden; Straßenbau- und Tempolimit beeinflussen unser Verhalten. Solche politischen Vorgaben lassen sich freilich nur ins Werk setzen, wenn die Wählerinnen und Wähler sie mittragen. Doch die zurückliegenden Erfahrungen zeigten, dass Ökoroutine uns in der alltäglichen Lebensführung entlastet.

Routinen prägen unseren Alltag. Ganz unbewusst profitieren wir dabei von Dutzenden Regeln und Standards, etwa auf dem Weg zur Arbeit: Der Wecker ist sicherheitstechnisch geprüft, die Kleidung darf

bestimmte Schadstoffe nicht beinhalten, ebenso der Kaffee. Dessen Packung ist standardisiert, wie auch die Kennzeichnungen über die Zutaten und Nährstoffe auf dem Toastbrot. Das Auto wurde nach ISO-Norm hergestellt. Die Produzenten haben dabei zahlreiche staatliche Vorgaben beachtet. Auf dem Arbeitsweg beachten wir zahlreiche Vorgaben der Straßenverkehrsordnung; das Auto hat ein amtliches Kennzeichen. Die Arbeit selbst ist reglementiert durch Tariflohn, gesetzliche Arbeitszeiten und Sicherheitsvorschriften. All das wird selten als Zwangssystem empfunden, es ist Routine. In der gleichen Form ermöglicht uns das Konzept der Ökoroutine, das zu tun, was wir für richtig halten, ohne im Alltag darüber nachzudenken.

Warum nicht geschieht, was geschehen muss

Die globale Erwärmung ist eines der drängendsten Krisenphänomene unserer Zeit. Um sie zu bremsen, müssen die Treibhausgas-Emissionen drastisch reduziert werden, vor allem der Ausstoß von Kohlendioxid. Darin sind sich Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einig. Zwar gibt es bereits zahlreiche Maßnahmen zum Klimaschutz – Deutschland investiert etwa in den Ausbau von Ökostrom aus Wind und Sonne und hat Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung aufgelegt –, doch gemessen an der Größe des Problems, sind die bisherigen Bemühungen unzureichend. Wir sind auf dem Weg zu einem achtsamen Umgang mit dem Planeten ins Stocken geraten.

Um die Erderwärmung – wie gerade in Paris beschlossen – auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, dürfte jeder Bundesbürger im Jahr 2050 nur noch eine Tonne Kohlendioxid jährlich verursachen. Im Moment stehen wir bei knapp zehn Tonnen pro Jahr. Seit 2009, als die Wirtschaft durch die Finanzkrise einbrach und deshalb die Emissionen zurückgingen, geht es mit dem Klimaschutz nicht mehr so recht voran. Auch der Ressourcenverbrauch entwickelt sich nicht rückläufig, sondern verharrt auf unvermindert hohem Niveau.

Dass es beim Klimaschutz nicht so recht vorangeht, hat viele Gründe, die im nächsten Kapitel erörtert werden. Festzuhalten ist hier nur so viel: Offensichtlich wird es immer schwerer, den angestrebten Minderungspfad fortzuschreiben. Österreich beispielsweise lag mit seinen Treibhausgas-Emissionen einmal deutlich unter zehn Tonnen je Einwohner. In der Euphorie der Klimaverhandlungen versprachen sie 1997 in Kyoto, ihren Kohlendioxidausstoß um 13 Prozent zu reduzieren. Tatsächlich kam es

Treibhausgas-Emissionen in Deutschland seit 1990* sowie Ziele für 2020 und 2050 (Bundesregierung)

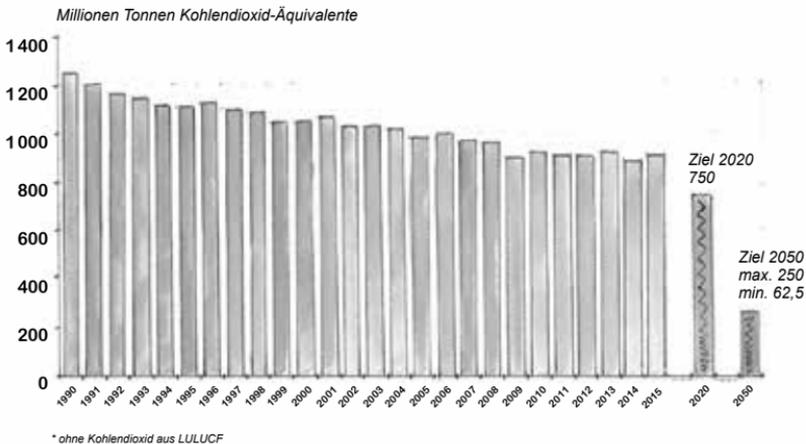


Abbildung 2 Die Kohlendioxidemissionen Deutschlands gehen seit einigen Jahren nicht weiter zurück.³ LULUCF: *Land use, land-use change and forestry*

zu einer Zunahme von elf Prozent. Alle Anstrengungen der letzten Jahre haben gerade einmal bewirkt, dass man zwischen Bregenz und Wien beim Klimaschutz wieder auf dem Niveau von 1995 ist.

Mehr und mehr drängt sich der Eindruck auf, dass uns das Schwere erst noch bevorsteht. Es ist wie bei einer Diät. Die ersten Kilos fallen schnell, aber dann wird es immer schwerer, und zudem droht der Jo-Jo-Effekt. Viele Unternehmen haben längst in effizientere Technologien investiert, um Energie und damit auch Kosten zu sparen. Einfach verglaste Fenster gibt es kaum noch, viele Dächer sind bereits isoliert und Millionen Sparlampen montiert. Doch die niedrig hängenden Früchte zu ernten genügt nicht. Um den Ressourcenverbrauch zu verringern und die globale Erwärmung zu begrenzen ist es mit einer Diät nicht getan. Notwendig ist eine dauerhafte Ernährungsumstellung.

Der reservierte Staat

Keine Frage, zu viel Bürokratie kann die Effizienz und Effektivität der Wirtschaft einschränken, kann Kreativität und Innovationskraft behindern. Doch was wäre das rechte Maß für ordnungspolitische Maß-

nahmen? Wie stark soll sich der Staat in das Marktgeschehen einmischen? Die Bandbreite möglicher Antworten reicht vom Nachtwächterstaat, der sich auf den Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkt, bis zum Sozialstaat, der weitreichende Regeln vorgibt, wie etwa das Mindesteinkommen.

Kapitalismus und freie Marktwirtschaft gelten seit dem Niedergang der osteuropäischen Wirtschaft als das überlegene Regime. Der Kommunismus des Ostblocks war geprägt durch Planwirtschaft und starke politische Steuerung. Diese Überregulierung schien verantwortlich für die Misswirtschaft zu sein. Das Scheitern der kommunistischen Systeme gab ab den 1990er-Jahren all jenen Auftrieb, die für einen Rückzug des Staates aus dem marktwirtschaftlichen Geschehen plädierten. Doch wer für einen starken Staat ist, muss nicht gegen den Kapitalismus sein: Seit den Finanzkrisen der vergangenen Jahre hat sich in den Industriestaaten wieder eine eher kritische Haltung zur Deregulierung entwickelt.

Die zurückliegenden Erfahrungen mit der freien Marktwirtschaft lassen es schwer vorstellbar erscheinen, dass sich mit noch weniger Regeln ein Mehr an Nachhaltigkeit bewirken lässt. Es scheint vielmehr so zu sein, dass die schrittweise Abschaffung der Marktregeln ein Nachteil für Klimaschutz und Ressourcengerechtigkeit war. Nun währt der Diskurs über die Frage »Wie viel Staat muss sein?« schon seit Jahrhunderten. Um darin die Ökoroutine zu verorten, sollen hier einige Vordenker verschiedener nationalökonomischer Grundströmungen Erwähnung finden.

Adam Smith

Eine der Grundannahmen der heute vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft geht auf Adam Smith (1723–1790) zurück. In seinem Werk »Wohlstand der Nationen« beschrieb Smith den Egoismus des Einzelnen als *die* Triebfeder der Ökonomie: »Es ist nicht die Wohltätigkeit des Metzgers, des Brauers oder des Bäckers, die uns unser Abendessen erwarten lässt, sondern dass sie nach ihrem eigenen Vorteil trachten.« Jeder denkt also an sich und sorgt dabei unbewusst – wie von einer unsichtbaren Hand geleitet – für das Gemeinwohl.

Liberalen Wirtschaftswissenschaftler leiten daraus ein radikales Freiheitspostulat ab: Maximale Freiheit fördere den Schaffensprozess des Einzelnen und diene der Gemeinschaft. So wird seit Jahrzehnten die fortschreitende Deregulierung der Märkte gerechtfertigt, um den Unternehmen und Anlegern möglichst viele Freiheiten zu gewähren. Allerdings ist diese Analyse fragmentarisch. Adam Smith selbst hielt nicht den »Wohlstand der Nationen« für sein Hauptwerk, sondern die »Theorie der ethischen Gefühle«. Moralisches Handeln beschrieb er darin als unabdingbar für nachhaltigen Wohlstand: Tugenden seien die Grundlage eines gesunden Kapitalismus.⁴ Auf diesen Smith berufen sich die kritischen Ökonomen.

Gewiss gehört Egoismus zur menschlichen Natur. Doch daneben und darüber hinaus haben Menschen viele andere Motivationen, die den Tugenden zuzurechnen sind: Solidarität, Loyalität, Sympathie, Selbstlosigkeit usw. Gäbe es solche Motive nicht und Egoismus wäre tatsächlich der einzige Antrieb, dann müsste jeder jedem mit tiefstem Misstrauen begegnen. Solidarität zwischen Arbeitnehmern etwa im Arbeitskampf funktioniert aber nur durch gegenseitiges Vertrauen.

Genauso gibt es Unternehmer, die nicht nur ihren persönlichen Nutzen maximieren wollen, sondern auch Visionen für die Gesellschaft haben und an das Gemeinwohl denken. Ein berühmtes Beispiel lieferte Henry Ford. Er wollte ganz sicher seinen persönlichen Wohlstand vermehren, so wie es das Postulat der Wirtschaftsliberalen vorsieht. Doch Ford hat nicht nur viel Geld verdient, er war auch fair zu seinen Arbeitnehmern. Er verdoppelte die Gehälter seiner Mitarbeiter und verkürzte die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden. Die Mitarbeiter sollten sich später selber einen Ford leisten können.⁵ Verantwortungsvolles Unternehmertum wird in der klassischen Ökonomie nicht bedacht, wenn sie für ein Maximum an Freiheit für den Einzelnen und ein Minimum an Regeln argumentiert. Richtig ist, dass sich die Unternehmen heutzutage unter den Bedingungen eines knallharten Wettbewerbs kaum noch in der Lage sehen, das zu tun, was sie für richtig halten. Viele fordern daher selbst politische Vorgaben (S. 38). Hier setzt das Konzept der Ökoroutine an. Es schafft Raum für unternehmerische Tugenden.

Hayek und Friedman

In zentralwirtschaftlicher Planung sah Friedrich August von Hayek (1899–1992) die Grundlage für besorgniserregende Radikalisierungen. In seinem Werk »Der Weg zur Knechtschaft« beschrieb er sozialistische Bestrebungen als Wegbereiter für den Nationalismus. Diese Analyse leitet direkt über in Hayeks Forderung, staatlichen Interventionismus und die Planwirtschaft zurückzudrängen. Allerdings – und das wird häufig übersehen – war Hayek nicht der Meinung, das habe um jeden Preis und in jeder Hinsicht zu geschehen. Hayek sprach sich für sozialpolitische Maßnahmen aus, etwa für die Einführung eines Mindesteinkommens. Damit trug er der Erkenntnis Rechnung, dass Menschen sich nur entfalten können, wenn sie von der Sorge um die grundlegenden materiellen Bedürfnisse entlastet werden.⁶

Für Milton Friedman (1912–2006) manifestieren sich Rolle und Einfluss des Staates in der Staatsquote. Diese Kennzahl zeigt den Anteil der Staatsausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung einer Volkswirtschaft auf. Sie liegt in Deutschland bei 44 Prozent und in Frankreich bei 57 Prozent.⁷ Friedman fand, dass zehn Prozent genügen würden. Im Sozialstaat sah er ein teures Monster. Führerschein, Ärztelizenzen und Schulpflicht gehörten abgeschafft. Absurd seien staatliche Altersversorgung und Mindestlohn.⁸ Der Wirtschaftsprofessor aus Chicago gilt als Schlüsselfigur für den Trend zum Ausverkauf staatlicher Unternehmen und zum Abbau von Regelwerken. Zunächst, in den 1980er-Jahren, verfolgten nur Ronald Reagan und Margaret Thatcher⁹ seine Ideen. Später machte sich in fast allen Industriestaaten eine Art Liberalisierungseuphorie breit. Milton Friedman dürfte sich auch über das Ende des Goldstandards¹⁰ gefreut haben: Seiner Überzeugung nach sollte der Staat nur durch die Ausweitung der Geldmenge zu wirtschaftlichem Wachstum beitragen.

Keynes

Bis zu Reagan und Thatcher waren die Thesen John Maynard Keynes (1883–1946) Leitbild der Wirtschaftspolitik gewesen. Keynes vertrat die Einschätzung, dass Regierungen in wirtschaftlich schweren Zeiten die Konjunktur durch staatliche Ausgaben und gegebenenfalls auch

Schulden stützen sollten. In wirtschaftlich besseren Zeiten sollten die Schulden wieder getilgt werden. Gegen Mindestlohn und eine relativ hohe Staatsquote hätte Keynes wohl nichts einzuwenden gehabt. Schon seit jeher berufen sich daher die Gewerkschaften auf den britischen Ökonomen. Denn Lohnzurückhaltung ist laut Keynes gerade in der Krise unangebracht – schließlich können die Menschen dann weniger kaufen. Die zurückgehende Nachfrage schadet den Unternehmen, die weniger Umsatz machen. Schädlich ist es demnach auch, wenn sich die Sparkonten füllen: Die Güternachfrage sinkt und damit die Produktion.

Ökorumine beruft sich an vielen Stellen auf Keynes. Der weitsichtige Ökonom hat schon damals über wichtige Themen nachgedacht, die uns heute noch beschäftigen. Seine Überlegungen sind beispielsweise relevant, wenn es um wöchentliche Arbeitszeiten, Grenzen des Wachstums, Suffizienz, Freihandel und Regionalgeld geht.

Ungezügelter Kapitalismus

Eine zumindest kurze Auseinandersetzung mit unserem volkswirtschaftlichen System ist unvermeidlich, wenn man darüber nachdenkt, warum wir nicht tun, was wir für richtig halten. Seit der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise wird der Kapitalismus wieder kritischer beurteilt. Doch hat uns der freie Wettbewerb zweifellos wachsenden Wohlstand beschert. Kapitalismus an sich ist nicht gut oder böse. Er ist ein System, dessen Intention die Geldvermehrung ist – Moral spielt dabei zunächst keine Rolle.

Beispielsweise war der Kapitalismus Treiber des Sklavenhandels zwischen Afrika und Nordamerika. Die Wohlhabenden in Großbritannien investierten ihr Geld an der Börse in Sklavenhändlergesellschaften oder gaben es einer Bank. Die Bank wiederum gab den Menschenhändlern ein Darlehen. Es winkte eine üppige Rendite: Die Sklavenhändler verkauften ihre Waren an der afrikanischen Goldküste. Von dort deportierten sie Menschen nach Amerika, wo sie sie als »Ware« verkauften und im Gegenzug Rohstoffe und nicht zuletzt Gold aufnahmen und zurück nach Europa schifften. Das war globale Marktwirtschaft in ihren Anfängen. Kapitalismus kann tödlich sein.

Das Konzept der Ökoroutine mag an vielen Stellen radikal wirken, es brütet gleichwohl nicht über der Frage, ob es besser wäre, den Kapitalismus abzuschaffen. Manche mögen davon träumen, doch aussichtsreich und umsetzungsrelevant ist diese Diskussion über »dafür oder dagegen« nicht. Vielmehr soll es hier um die Frage gehen, welche marktwirtschaftlichen Bedingungen einen achtsamen Umgang mit Ressourcen behindern oder begünstigen und den sozialen Frieden erhalten. Die Entwicklungen der zurückliegenden Jahrzehnte zeigen deutlich, dass Kapitalismus extrem unterschiedliche Ausprägungen und Effekte haben kann. Auch von Land zu Land gibt es große Unterschiede, etwa in den USA, Deutschland und Schweden.

Bedeutsam erscheint in der Betrachtung der Wirtschaft rückblickend der Mauerfall. Bis dahin gab es noch den Systemgegner Kommunismus, es galt also zu vermeiden, dass sich die Menschen in den westlichen Demokratien zum Gegensystem hingezogen fühlten. Mit der sozialen Marktwirtschaft ist das in Deutschland gelungen. Doch nach der Wende gab es keinen Grund mehr, bei der Geldvermehrung weiterhin das Gemeinwohl zu beachten.¹¹

Geld und Zins

Im September 2015 hat die UN-Vollversammlung in New York die neuen »Sustainable Development Goals« beschlossen. Die Entscheidung ist ein Meilenstein: In den kommenden 15 Jahren soll der Umbau in Richtung Nachhaltigkeit weltweit gelungen sein. Ein großes Ziel – doch es gibt zahlreiche Faktoren, welche die Fahrt noch bremsen.

Ein zentraler Bremsfaktor ist die gegenwärtige Geld- und Zinswirtschaft. Die Diskussion darüber kam nicht erst mit der wachstumskritischen Bewegung Ende der 2000er-Jahre auf. Es ist vielmehr ein Diskurs, der sich schon seit Jahrtausenden hinzieht: Schon die Bibel befasst sich an verschiedenen Stellen mit den gesellschaftlich negativen Eigenschaften des Zinses. Wohl deswegen war Zinsen zu nehmen den Christen lange untersagt. Wer sich nicht daran hielt, musste mit einer Strafe rechnen. Da nur wenige geneigt waren, ohne Zinsen Geld zu verleihen, wurden Kredite meist bei Juden aufgenommen. Auch diesen verbot das Alte Testament zwar die Zinswirtschaft, doch es blieb ihnen kaum etwas

anderes übrig, denn der Geldverleih »zählte zu den wenigen Tätigkeiten, die Juden im mittelalterlichen Zentraleuropa ausüben durften«. ¹² Auch im Islam gilt bis heute das Zinsverbot.

Geld und dessen unendliche Vermehrung zwingt unser Wirtschaftssystem zum Wachstum. Wenn beispielsweise ein Start-up-Unternehmen sich bei einer Bank Geld leiht, um Entwicklung, Fertigung, Marketing usw. zu finanzieren, muss der Verkauf des Produktes nicht nur die Kosten für die Löhne, Mieten und Materialien einspielen. Das Unternehmen hat darüber hinaus den fälligen Kreditzins zu erwirtschaften. Es muss also mindestens im Umfang des zu entrichtenden Zinses wachsen. Wie kann es sein, dass der Gesamtheit aller Unternehmen dies gelingt? Das ist nur möglich, wenn ständig Geld zufließt. ¹³

Anfang der 1970er-Jahre gab man die Bindung der Geldmenge an Goldreserven komplett auf. Bis dahin war es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keiner Finanzkrise gekommen, doch nun konnten Zentralbanken die Geldmenge uneingeschränkt vergrößern. ¹⁴ Diese kontrollieren sie allerdings nur indirekt über den Leitzins. Auch die normalen Hausbanken vermehren die Geldmenge. Und so steht letztlich unendlich viel Geld zur Verfügung, um das beständige Wachstum der Unternehmen zu ermöglichen.

Der systemisch angelegte Wachstumszwang wäre womöglich unproblematisch, wenn nur solche Betriebe ihre Produktion ausweiten würden, die keine klimaschädlichen Emissionen produzieren und endliche Ressourcen verbrauchen. Bei allen anderen bremst der durch Zins bedingte Wachstumszwang, dass der Wandel zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung Fahrt aufnimmt.

Natürlich ist das Thema Geld viel komplizierter als hier dargestellt. Dennoch gibt es verschiedene Konzepte, wie sich die Geldwirtschaft und letztlich auch der Kapitalismus reformieren und steuern lassen. Eines davon ist das sogenannte Vollgeld. Ein anderes, ergänzendes, das Regionalgeld, welches bereits in der Praxis angewendet wird (S. 315).

Freihandel

Getragen von der Idee, der freie Markt befördere das Wohl der gesamten Menschheit, wurden die Regeln für den internationalen Waren- und

Kapitalverkehr schrittweise abgebaut. Diesen Prozess nannten die Experten später »Globalisierung«. Das Phänomen wurde bisweilen beschrieben wie ein Naturereignis. Als Grund wurden zum Beispiel die gesunkenen Transportkosten oder die Beschleunigung der Kommunikation genannt. Doch zum Fundament der Globalisierung zählt auch die Beseitigung von Regeln. Zunächst mag das tatsächlich seine Vorzüge mit sich gebracht haben. Doch inzwischen entsteht der Eindruck, dass es etwa bei der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA nicht mehr um das Wohl der Menschen, sondern vielmehr um die Interessen der Anleger geht. Es ist nicht vermessen zu behaupten, dass TTIP ein Bremsfaktor für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung ist. Das Kernargument der Befürworter und Initiatoren lautet, das Abkommen fördere das Wirtschaftswachstum. Das sei gut für den Wohlstand und damit auch gut für die Menschen. Untermauern sollen dies wirtschaftswissenschaftliche Studien, die allerdings sehr umstritten sind. Doch nehmen wir einmal an, die optimistischen Szenarien träfen tatsächlich ein. Die prognostizierten Wachstums- und Beschäftigungseffekte wären dennoch so gering, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger in Europa unterhalb der Wahrnehmungsschwelle liegen. Oder wie soll man ein zusätzliches Wachstum von 0,1 Prozent sonst bezeichnen?

Zugleich ist offenkundig, dass unsere Überflussesgesellschaft überhaupt nicht mehr Wohlstand benötigt, sondern allenfalls eine gerechtere Verteilung des Wohlstands. Und was wäre der Preis für diesen wachstumspolitischen Schluck aus dem Freihandelsfläschchen? Europa und Amerika würden ihre bestehenden Standards, gleich, ob gut oder schlecht, gegenseitig unbefristet anerkennen. Eine Verbesserung der Standards wäre nicht mehr möglich.

Die Befürworter des Freihandels werben mit harmlosen Beispielen für den Abbau von bürokratischen Hemmnissen für die Unternehmen, wie etwa die unterschiedlichen Normen für den Dachhimmel oder die Blinker von Autos. Bei einheitlichen Standards müssten die Komponenten nicht doppelt entwickelt und produziert werden. Sie verschweigen die geplante Vereinheitlichung von sozialen und ökologischen Standards. Die Amerikaner müssten dann mit Produkten leben, deren Vorschriften

nicht den amerikanischen Ansprüchen genügen. Umgekehrt hätten die Europäer Hormone im Fleisch zu akzeptieren.

Das Grundproblem ist ein unterschiedlicher Umgang mit Umwelt- und Gesundheitsrisiken: Das Vorgehen der Europäischen Union basiert auf dem Vorsorgeprinzip. So müssen die Unternehmen für jeden Stoff nachweisen, dass von ihm keine beträchtlichen Gefahren ausgehen, bevor er zugelassen werden kann. In den USA ist der Ansatz genau andersherum: Dort spricht man beschönigend von »wissenschaftlich basierten Bewertungsgrundsätzen«. Risiken für bestimmte Stoffe werden akzeptiert, bis eine von ihnen ausgehende beträchtliche Gefahr nachgewiesen ist. Aus diesen Gründen ist eine große Zahl von Stoffen in der EU verboten, während sie in den USA zugelassen sind. Nach allem, was über die geheimen TTIP-Verhandlungen bisher bekannt geworden ist, wird sich daran jedoch wohl auch in naher Zukunft nichts ändern.¹⁵

Aber auch auf anderen Gebieten brächte das Freihandelsabkommen Probleme für eine nachhaltigere Zukunft mit sich: Wenn sich die Freihändler auf einen niedrigen Standard einigen, gibt es erst mal kein Zurück. Möchte eine von beiden Seiten die Standards anheben, ginge das nur, wenn der Handelspartner zustimmt. Als wäre es ohnehin nicht schon schwer genug, auf europäischer Ebene beispielsweise Standards für verantwortungsvollere Tierhaltung zu etablieren, müsste nun auch noch die Zustimmung der USA eingeholt werden. Dort sind wiederum Heerscharen von Lobbyisten mit nichts anderem befasst, als strengere Vorgaben zu bekämpfen. Die Transformation zur Nachhaltigkeit würde somit von der Zustimmung der Vereinigten Staaten abhängig gemacht. Dasselbe gilt bereits bei anderen Abkommen, etwa bei CETA zwischen der EU und Kanada. Strengere Vorgaben, ob für die Landwirtschaft oder die Automobilindustrie, rücken so in weite Ferne.

So populär die Diskussion über das TTIP-Abkommen ist, so wenig nimmt die Öffentlichkeit die Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) wahr. Vor zwanzig Jahren gegründet, regelt sie weltweit die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen von inzwischen 160 Nationen. Kernziel ist der Abbau von Handelshemmnissen wie beispielsweise Subventionen oder anderen Methoden, mit denen Staaten versuchen, ihre Wirtschaft vor der Konkurrenz im Ausland zu schützen. Fördergelder



Abbildung 3 Wir leben im totalen Überfluss und sollen durch den Abbau von »Handelsbarrieren« noch wohlhabender werden. Foto: Anja Roesnick, fotolia.com

für eine Solarfabrik sind mit den WTO-Regeln ebenso wenig vereinbar wie Vorgaben zur lokalen Wertschöpfung. In Kanadas südöstlicher Provinz Ontario sollten beispielsweise mindestens 40 bis 60 Prozent der Arbeitskräfte und Materialien aus der Region stammen. Nur dann kamen die Lieferanten in den Genuss der Fördergelder.¹⁶ Das gut gemeinte Konzept, Klimaschutz und soziale Sicherung miteinander zu verbinden, endete mit Klagen aus Japan und der Europäischen Union. Die Bestimmungen entsprachen nicht den Regeln für Freihandel und wurden zurückgenommen, und die Investoren entzogen den Solarfabriken in Ontario ihr Kapital.¹⁷

In ihrem Buch »Die Entscheidung« hat Naomi Klein mit vielen Beispielen dokumentiert, wie die Förderung der erneuerbaren Energien allenthalben über die WTO sabotiert wird: Die Vereinigten Staaten klagen gegen ein chinesisches Programm zur Förderung der Windenergie; China klagt gegen die Europäische Union, die Amerikaner gegen Indien, Indien gegen Amerika und so weiter.¹⁸ Wenn man bedenkt, dass allein zwischen 2009 und 2011 die staatlichen Subventionen für die Kohlen-

stoffindustrie von 312 Milliarden Euro auf unvorstellbare 523 Milliarden Euro gestiegen sind,¹⁹ stellt sich der Eindruck ein, hier wird mit zweierlei Maß gemessen.

Eigentlich soll der Freihandel den Wohlstand der Menschen mehren oder zumindest dafür sorgen, dass wir ein gutes Leben führen können. Dieses Ziel ist womöglich aus dem Blick geraten: Wir leben im totalen Überfluss und sollen durch den Abbau von »Handelsbarrieren« noch wohlhabender werden. Zudem unterwandern Schiedsgerichte den Klimaschutz. Das muss nicht so bleiben – Regeln kann man ändern. Statt weitere Freihandelsabkommen bräuchte man eine ökofaire Reform der Welthandelsorganisation. Solange das nicht gelingt, ist Nichtstun die bessere Alternative (s. »Regeln für den Freihandel«, S. 363).

Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte

Die Gewinnerwartungen der Anleger zwingen Unternehmen zum Wachstum. Dieser Zwang hat sich seit den 1980er-Jahren dank gelockerter Regeln für den Kapitalmarkt beständig erhöht. Er ist in seiner gegenwärtigen Verfassung einer der zentralen Bremsfaktoren für nachhaltige Entwicklung.

Ausgehend von den USA und Großbritannien, haben die Industrieländer den Kapitalverkehr liberalisiert und die nationale Kontrolle von Anlageprodukten und Finanzmarktakteuren – also von Banken, Investmentbanken, Pensionsfonds, Investmentfonds, Hedgefonds, Private-Equity-Fonds – geschwächt oder ganz fallen gelassen. Veräußerungsgewinne hat man von der Steuer befreit und den Spielraum für Aktienrückkauf und variable Managervergütungen erweitert sowie Mehrfach- und Höchststimmrechte abgeschafft. Finanzmarktakteure verlegten ihren Sitz zunehmend offshore, wo sie keinen Genehmigungs- oder Transparenzpflichten und keinen Vorschriften über Eigenkapitaldeckung der maximal zulässigen Risiken unterliegen. Das Kreditgeschäft musste nicht mehr vom Investmentbanking getrennt werden. Investmentbanken konnten dadurch auf beiden Seiten des Marktes zugleich agieren und Insiderwissen über die Akteure beider Seiten sammeln, das ihnen einen nie da gewesenen Machtvorsprung gab. Banken können Geschäfte auf Tochtergesellschaften auslagern, sodass sie außerhalb

ihrer Bilanz und der für sie geltenden Restriktionen bleiben. Zahlreiche weitere Kontrollmechanismen haben die Staaten abgeschafft und den Exzess der Finanzmärkte in Gang gebracht.²⁰ Besonders kritisch wird es, wenn Spekulationen über Kredite finanziert werden, weil die Zinsen niedriger sind als die zu erwartenden Börsenwerte. Das erhöht nochmals den wirtschaftlichen Wachstumszwang.²¹ Insgesamt hat die Finanzmarkt-Deregulierung nicht nur die Wirtschaftskrise 2008 heraufbeschworen,²² sondern auch ein sozial und ökologisch verantwortungsvolles Handeln der Unternehmen behindert.

Inzwischen ist der Hochfrequenzhandel an den Börsen gang und gäbe. Im Takt von hundertstel Sekunden entscheiden Computerprogramme auf der Grundlage von Algorithmen, welche Aktien gekauft oder verkauft werden. Die Machenschaften der Spekulanten sind selbst von Experten kaum noch zu durchschauen. Symptomatisch für den undurchsichtigen Handel sind die sogenannten Darkpools, bank- und börseninterne Handelsplattformen für den anonymen Handel mit Finanzprodukten.

2008 erlaubte die EU den rein elektronischen Handel, um mehr Wettbewerb unter den Börsen zu schaffen. Doch seitdem entstanden auch sehr spezielle elektronische Handelsplätze, zu denen nur wenige Menschen Zugang haben. An sich soll die Börse Angebot und Nachfrage transparent machen. Darkpools und Hochfrequenzhandel bewirken das Gegenteil: Außenstehende erfahren nicht, wer hier was zu welchem Preis handelt. Die Händler bieten anonym Aktien zum Kauf an. Ein anonymer Verkäufer kann seine Angebote weltweit in verschiedenen Darkpools platzieren. Interessenten geben Gesuche auf, ohne zu wissen, ob gerade solche Aktien angeboten werden. Eine Software bringt dann Gebote und Gesuche zusammen. Anders als bei normalen Börsen erfährt so keiner, dass überhaupt ein Handel stattgefunden hat.²³

Shareholder-Value versus Public-Value

Gerade passend zur Finanzkrise kam der Film »Der große Ausverkauf« in die Kinos. Die Dokumentation berichtet über die Folgen der zunehmenden Privatisierung auf der ganzen Welt. Zu sehen sind teilweise haarsträubende Geschichten: rasant steigende Energie- und Was-

serpreise, Zerfall der britischen Eisenbahn und elendige Zustände in Krankenhäusern. Wie im Rausch haben Politiker weltweit und auch in Deutschland Gemeingüter zur Daseinsvorsorge an den Meistbietenden veräußert.

Seit den 1980er- und 1990er-Jahren haben viele Kommunen ihre öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Energie, Verkehr, Wasser, Gesundheit, Abfall und Wohnen privatisiert. Dabei ging man davon aus, die bürokratische Führung der Daseinsvorsorge sei träge, aufwendig und nicht kundenorientiert. Daher setzte sich zunächst die Überzeugung durch, private Unternehmen arbeiteten deutlich effizienter als die öffentliche Hand, seien flexibler, lieferten bessere Qualität und seien zugleich günstiger.

Übersehen hat man in der Euphorie, dass auch ein öffentliches Unternehmen effektiv und effizient wirtschaften kann, wenn man die Rahmenbedingungen dafür schafft. Mancherorts genügte es, den Kommunalbetrieb in eine GmbH umzuwandeln. In der Konsequenz haben Kaufleute die doppelte Buchführung eingeführt, es gab ordentliche Gewinn-und-Verlust-Rechnungen, der Bürger wurde zum Kunden, und es gab keine Verbeamtungen mehr. Über den Aufsichtsrat sicherte sich die Politik indes ein Mitspracherecht über die großen Linien der Unternehmensentwicklung. Sobald die Unternehmen profitabel wurden, flossen die Gewinne an die Gemeinden. So weit war alles gut. Doch kaum waren die Unternehmen fit für den Markt, ging der große Ausverkauf los, mit all seinen beklagenswerten Resultaten. Man hat nicht nur privatisiert, sondern verkauft, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren. Das galt als klug und war doch töricht und litt an der Selbstüberschätzung, dass sich private Investoren durch gut ausgeklügelte Verträge zur Gemeinwohlorientierung verpflichten ließen. Doch Anleger wollen Gewinne: Der Kapitalmarkt entscheidet über das Wohl und Wehe eines börsennotierten Unternehmens, nicht die Politik. Aktienfonds versprechen ihren Anlegern enorme Gewinne, die sie dann von den Unternehmen einfordern. Die Rendite zählt, nicht selten kurzfristig und um jeden Preis. Seither haben wir uns daran gewöhnt, dass selbst gesunde Unternehmen Tausende Arbeitnehmer auf die Straße setzen, um die Rendite zu steigern.

Es liegt in der inneren Logik des Shareholder-Wesens, dass Ressourcenverbrauch, Umweltverschmutzung und unfaire Arbeitsbedingungen hingenommen werden, um den Gewinn zu steigern. Man kann den Vorständen kaum einen Vorwurf daraus machen. Viele haben dennoch etwas für den Klimaschutz getan. Beispielsweise haben die deutschen Stahlproduzenten bereits umfangreich in effiziente Technologien investiert. Aber in der Regel wird erwartet, dass sich die Maßnahme in zwei bis drei Jahren rechnet. Alles, was darüber hinausgeht, wird nur gemacht, wenn der Gesetzgeber es verlangt, denn der Anleger möchte nicht auf seine Rendite warten.

Schlaglicht: Die Chefs von Shareholder-Unternehmen können sich nicht beliebig für das Gemeinwohl engagieren. Das musste schon Henry Ford feststellen. Er wollte, dass sich jeder amerikanische Farmer sein berühmtes »Model T« leisten konnte. Der Wagen sollte so billig werden, dass auch seine eigenen Angestellten den Wagen kaufen konnten. Darum hat er auf Gewinne verzichtet und mit dem Geld ständig neue Fabriken bauen lassen. So hat er die Preise durch Massenfertigung gesenkt, von 850 auf 500 Dollar. [...] Später setzte er sich dafür ein, dass sein Unternehmen der Gesellschaft und den Menschen dient. Er hat, anstatt Gewinne anzuhäufen, die Löhne seiner Arbeiter immer weiter angehoben, obwohl er am Markt weit billigere Arbeitskräfte finden konnte. Im Jahr 1920 haben die Brüder Dodge Ford deswegen verklagt. Sie hielten zehn Prozent der Anteile an der Ford Motor Company. Diese beiden Minderheitsaktionäre verlangten, dass Henry Ford höhere Dividenden an seine Aktionäre auszahlen sollte. Ford erklärte dem Gericht prompt, dass er das nicht tue und auch in Zukunft nicht tun wolle. Das Gericht hat den Dodge-Brüdern recht gegeben und ein weitreichendes Urteil gefällt: Der Zweck eines Unternehmens liege allein darin, seine Eigeninteressen zu verfolgen. Ford, dem immerhin mehr als die Hälfte des Unternehmens gehörte, musste seinen Aktionären Dividenden auszahlen.²⁴